

Sonntags-Blick

17. Dezember 2006

Wegen 15 Franken setzt SP-Marti Krankenkassen zu

PRÄMIENMISSBRAUCH Ex-Preisüberwacher Werner Marti (49) fordert von seiner Krankenkasse 15 Franken zurück. Bei der Mini-Forderung des Glarner SP-Nationalrats gehts um Millionen, die im Politfilz des Branchenverbandes Santésuisse verschwinden.

"Ich verlange die Beiträge zurück, die von meinen Prämien missbräuchlich für die Santésuisse abgezweigt wurden", sagt Marti zu seiner Aktion. "Ich rufe alle Prämienzahler auf, bei ihren Kassen dasselbe zu tun." Die Linke ist aufgebracht, weil Santésuisse 3,7 Millionen Franken in die Abstimmungsschlacht gegen ihre Initiative für eine Einheitskasse werfen will.

Die SP droht sogar mit einer Aufsichtsbeschwerde. Die Munition dafür lieferten diese Woche die Professoren René Rhinow (63, Ex-FDP-Ständerat) und Regula Kägi-Diener (56). In einem Rechtsgutachten kommen sie zu brisanten Schlüssen: Die "unkontrollierte Verwendung" von Prämiegeldern aus der Grundversicherung sei "nicht gesetzeskonform", die Millionen-Kampagne eine "unzulässige Beeinträchtigung" des grundrechtlich geschützten Abstimmungskampfes".

Seither herrscht Hektik bei Santésuisse. Drei Viertel ihrer Einnahmen -jährlich 24 Millionen Franken - steuern die Kassen bei. Sie zahlen je nach Grösse einen Sockelbeitrag von bis zu 8000 Franken und zusätzlich Fr. 2.90 pro Mitglied in der Grundversicherung. Mit so viel Geld lässt sich mächtig klotzen. So wurde seit 2004 der Fonds "Politik" von null auf 7 Mio. Franken aufgestockt.

Santésuisse-Politchef Peter Marbet (39) beschwichtigt, der Abstimmungskampf würde mit Beiträgen "aus den Zusatzversicherungen" bezahlt. Gleichwohl bekam Santésuisse am Freitag kalte Füsse. Die "Finanzierung wird neu geregelt", hiess es plötzlich. Marti zeigt sich unbeeindruckt: "Die zweckentfremdeten Prämiegelder müssen zurückerstattet werden."

BEAT JOST

© Sonntags-Blick